

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Kleinen 30 Pf.

Die Neu-Einrichtung in den Buchdruckereien.

Ueber den Entwurf einer Bundesrats-Verordnung betreffend die Einrichtung der Buchdruckereien schreibt der „Schwab. Merk.“:

Dem Buchdruckgewerbe werden damit Umbauten und Neubauten zugemutet, die hoch in die Millionen laufen. Der deutsche Buchdruckerverein berechnet die Kosten auf 14 bis 15 Millionen. Man verlangt, daß alle Räume mindestens 3 Meter Höhe aufzuweisen haben. Schon in den Städten wird die Höhe keineswegs überall vorhanden sein. Auf dem Lande aber giebt es manche Orte und selbst Städte, wo Häuser mit 3 Meter hohen Räumen überhaupt nicht vorhanden sind. Nach eingetragener ist die Bestimmung, die für jeden Arbeiter einen Luftraum von mindestens 15 Kubm. verlangt. Für die weit gesundheitsgefährliche Tabakindustrie hat der Bundesrat einen Mindestluftraum von 7 1/2 Kubm. festgesetzt. Selbst wenn diese Bestimmung ungenügend wäre, so ließe sich doch keineswegs rechtfertigen, bei einem viel gesünderen Verufe, als es die Tabakindustrie ist, das Doppelte zu bestimmen. Zum Vergleich der Zahlen, um die es sich hier handelt, mag darauf hingewiesen werden, daß in den württembergischen Schulen nach einer Kultusministerialverfügung für jeden Schüler bis zu 14 Jahren ein Luftraum von mindestens 3 Kubm., für ältere Schüler, je nach dem Alter, ein solcher von mindestens 3 1/2—5 Kubm. verlangt wird. Das englische Fabrikgesetz begnügt sich mit einem Mindestluftraum von 9 Kubm. 12 Kubm. Luftraum sind Baumverhältnisse, die sich in eingetragenen Druckereien finden; von einer Gesundheitsgefährdung kann dabei absolut nicht mehr die Rede sein; 15 Kubm. als Mindestluftraum ist aber so hoch gegriffen, daß die Bestimmung sich im Hinblick auf die Kosten nicht rechtfertigen läßt, wie sie im Hinblick auf die sanitären Vorteile, denen auch mit 10 Kubm. vollumfänglich genügt, nicht notwendig erscheint. Wenn ein Betrieb, der den weitgehenden Bestimmungen der 15 Kubm. Luftraum entspricht, einmal vorübergehend genügt ist, wegen eines besonderen Auftrags oder wegen der Jahreszeit, die besondere Aufträge mit sich bringt, z. B. unmittelbar vor Weihnachten, einzelne Hilfskräfte vorübergehend anzustellen, soll da nun ein Referat bereit gehalten werden für die vorübergehenden Hilfsarbeiter, weil nach dem polizeilichen Anschlag der Saal nicht zureicht für eine größere Zahl als die regelmäßig in ihm beschäftigten Arbeiter? Es würde zu weit führen, hier auf alle einzelnen Bestimmungen des geplanten Reglements einzugehen. Einzelne sind ja wohl berechtigt, anderen aber sieht man zu sehr an, daß sie am grünen Tisch ohne Kenntnis der Verhältnisse gefertigt sind. Da ist z. B. vorgeschrieben, der Arbeitgeber habe, um Strenge darauf zu halten, daß die Arbeiter jedes Mal, bevor sie Nahrungsmittel zu sich nehmen oder den Betrieb verlassen, von der vorhandenen Waschlösungsgelegenheit Gebrauch machen. Wie der Arbeitgeber erwachten Seiten gegenüber auf solche Bestimmungen mit Strenge soll halten können, ist unersichtlich. Was soll er thun, wenn die Arbeiter sich nicht darum kümmern? Auch sonst sind noch viele ähnliche Bestimmungen vorhanden, die eine fortgesetzte polizeiliche Beaufsichtigung eines jeden Betriebs notwendig machen. Für je 5 Arbeiter ist eine besondere Waschlösungsgelegenheit einzurichten, eine Bestimmung, die etwa Sinn hat, wo das Wasser getragen und Waschlösungen getragen werden müssen. In Fabriken, in denen die einzelnen Räume fließendes Wasser mit Wasserleitung und Wasserabfluß haben, sollte es doch genügen, wenn in den einzelnen Räumen jedem Arbeiter jeder Zeit der Wasserhahn mit darunter befindlichem Waschbecken zur Verfügung steht. Der Verein deutscher Buchdruckereibesitzer vertritt sich keineswegs der Notwendigkeit, Mißständen, wo sie vorhanden sind, entgegenzutreten. Was aber in den neuen Reglements verlangt wird, stellt finanzielle Anforderungen, die die Großbetriebe wohl aushalten, die aber die mittleren Betriebe um so schwerer zu fühlen haben werden, als gerade auch in diesem Jahr die Neuregelung des Lohns sie dauernd und recht fühlbar belastet. Dabei werden die Betriebe unter eine fortgesetzte Polizeiaufsicht gestellt, die die Zufriedenheit mit dem, was von ihnen aus verlangt wird, nicht erheben kann. Der deutsche Buchdruckerverein hat an den Bundesrat in der Sache eine Eingabe gerichtet.

Deutschland.

Berlin, 28. April. Fürst Ferdinand von Bulgarien wird nach den bisherigen Bestimmungen Donnerstag, den 30. April, aus Paris hier eintreffen und im königlichen Schloß absteigen. Auf der türkischen Botschaft wird ihm zu Ehren eine größere Festtafel stattfinden. Da der Kaiser am 2. Mai auf seine Reise nach 1. Garde-regiment z. F. in Potsdam bezieht, so wird voraussichtlich auch Fürst Ferdinand diesem militärischen Schaupiel beiwohnen, an dessen Schluß noch ein Gefecht gegen alarmierte Kavallerie und Artillerie stattfinden wird.

Wie aus Breslau gemeldet wird, be-
 willigte die dortige Stadtverordneten-Versammlung einstimmig 100 000 Mark zur Bekämpfung der Kosten für die Festlichkeiten anlässlich des Kaiserjubiläums zur Einweihung des hiesigen Kaiser Wilhelm-Denkmal.

Fürst Bismarck empfing, wie wir bereits gemeldet, gestern Mittag eine Deputation von sechs Herren aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden. Nach einer Ansprache des Regierungspräsidenten v. Tepper-Laski, in welcher derselbe den Gefühlen unwandelbarer Treue und dankbarer Verehrung der nationstreu und heftigen Bewunderung des Regierungsbezirks für den Fürsten Ausdruck gegeben und von der bevorstehenden Errichtung eines Denkmals für denselben in der Stadt Wiesbaden Mitteilung gemacht hatte, sprach der Fürst ausführlich über seine Erinnerungen an Wiesbaden und über die Gründe, welche ihn seiner Zeit bestimmt hätten, sich für die Annexion Nassaus zu entscheiden, und gab zugleich seiner Freude darüber Ausdruck, schon jetzt dort ein Denkmal zu erhalten. Auch während der Frühstückstafel, an welcher der Fürst teilnahm, führte der Fürst eine äußerst angeregte, an historischen Reminiscenzen reiche,

vielfach von köstlichem Humor durchsetzte Konversation. Nach Aufhebung der Tafel umarmte der Fürst Herrn v. Tepper-Laski und verabschiedete sich dann von den anderen Mitgliedern der Deputation in überaus herzlicher Weise.

Am 2. Mai d. J. wird der frühere kommandierende General des 6. Armee-Korps, General der Artillerie z. D. von Lewinski, Chef des holländischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 24, in Burgwik, Kreis Trebnitz, sein fünfzig-jähriges Jubiläum feiern.

Im der von der „Chron. d. christl. Welt“ mitgeteilten Meldung des Kaisers, auf die sehr von dem Stimm sich in der Reichstags-Versammlung bezog und die lauten soll: „Christlich-keitslos ist Unfug. Christlich sind wir alle. Und sozial sollen wir alle sein“, bemerkt das „Südliche Volk“: „Das angelegte Telegramm enthält in sich selbst einen solchen logischen Widerspruch, daß wirklich der offizielle Demonstrierungs-Apparat in Bewegung gesetzt werden sollte, um den Kaiser vor seinen Freunden zu schützen. Wir sollen christlich und sozial, aber nicht christlich-keitslos sein?“

Es liegen nunmehr die Zahlen über die Reichseinnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern für das ganze Etats-Jahr 1895—96 vor:

In der Zeit vom 1. April 1895 bis zum Schluß des Monats März 1896 sind im deutschen Reich folgende Einnahmen einschließlich der kreditierten Beträge an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie andere Einnahmen zur Aufrechterhaltung gelangt:

Zölle 414 128 107 Mark (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 28 370 236 Mark),
 Tabaksteuer 12 205 419 Mark (+ 541 649 Mark),
 Zuckerteuer 85 572 671 Mark (+ 1 037 441 Mark),
 Salzsteuer 46 254 122 Mark (+ 1 179 024 Mark),
 Maßschottung und Branntweinmaterialsteuer 20 152 139 Mark (+ 659 858 Mark),
 Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuckersirup zu denselben 115 228 941 Mark (+ 2 763 362 Mark),
 Brennsteuern 1 993 710 Mark (+ 1 293 710 Mark),
 Brausteuer 27 933 626 Mark (+ 2 029 449 Mark),
 Uebergangsabgabe von Bier 3 706 439 Mark (+ 125 354 Mark); Summe 726 469 174 Mark (+ 32 493 389 Mark); — Stempelsteuer für: a. Wertpapiere 15 490 075 Mark (+ 6 452 410 Mark), b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 19 889 118 Mark (+ 3 471 501 Mark), c. Looje zu: Privatlotterien 3 069 298 Mark (+ 738 648 Mark), Staatslotterien 15 737 782 Mark (+ 5 333 656 Mark), Spielkartenstempel 1 423 169 Mark (+ 26 331 Mark), Wechselstempelsteuer 8 734 508 Mark (+ 586 671 Mark).

Die zur Reichskasse gelangte Ziti-Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende März 1896:

Zölle 382 253 014 Mark (+ 21 020 443 Mark),
 Tabaksteuer 10 993 030 Mark (+ 417 420 Mark),
 Zuckerteuer 80 687 804 Mark (+ 205 925 Mark),
 Salzsteuer 45 391 301 Mark (+ 1 033 591 Mark),
 Maßschottung und Branntweinmaterialsteuer 16 724 482 Mark (+ 17 826 Mark),
 Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuckersirup zu denselben 95 789 799 Mark (+ 4 338 426 Mark),
 Brennsteuern 993 254 Mark (+ 993 254 Mark),
 Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 26 881 537 Mark (+ 1 831 307 Mark),
 Summe 659 714 221 Mark (+ 20 310 848 Mark). — Spielkartenstempel 1 330 581 Mark (+ 52 710 Mark).

Diese Zahlen lassen den günstigen Abschluß, den das genannte Jahr haben wird, deutlich hervortreten. Die Zölle und Verbrauchssteuern waren im Etat für 1895—96 auf 626,9 Millionen veranschlagt, sie haben tatsächlich rund 659,7 Millionen erbracht, den Etatsanlass also um nicht weniger denn 32,8 Millionen überschritten. Ziemlich genau läßt sich auch auf Grund dieser Zahlen das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten auf das Jahr 1895—96 übersehen. Für dasselbe kommen Zölle und Tabaksteuer, Branntwein-Verbrauchs-Abgabe und Stempel-Abgaben in Betracht. Nach dem Etatsanlass beliefen sich die aus den genannten Einnahmequellen erwarteten Erträge auf 503,7 Millionen, wovon noch der Kaiserl. Prandentein und nach dem erst kürzlich publizierten Gesetze wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung 143 Millionen dem Reiche, der Rest von 360,7 Millionen den Einzelstaaten zuzuführen sollte. Die letztere Summe wird sich nach den jetzt veröffentlichten Zahlen in Wirklichkeit beträchtlich erhöhen. Die Zölle und Tabaksteuer haben 393,2 Millionen erbracht, die Branntwein-Verbrauchsabgabe 95,8 Millionen und die Reichsstempel-abgaben 54,2, jedoch eine Gesamteinnahme von 543,2 Millionen zu verzeichnen ist. Von dieser werden den Einzelstaaten demnach rund 400 Millionen verbleiben, von denen selbstverständlich die Militärarbeitgeber abgehen. Das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten gestaltet sich für die letzten 1895—96 demgemäß um rund 39 Millionen günstiger als bei der Feststellung des Reichshaushaltsetats und in Folge dessen der einzelstaatlichen Etats für das genannte Jahr vorausgesehen werden konnte.

Nach einer Meldung des „W. T. Z.“ aus Straßburg i. El., 27. April, wird über die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Dreb von zutänbiger Seite folgendes mitgeteilt: Vor einigen Tagen war hier in Form einer Beilage zur „Volksstimme“, der in Mannheim erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung, ein Flugblatt mit der Ueberschrift „Zur Gemeinderatswahl“ verbreitet worden, ohne daß die hierzu erforderliche Erlaubnis nachgesucht worden war. Deshalb und weil das Flugblatt außer einer groben Beleidigung des eisen-lothringischen Landesauschusses eine Schmäherung der gesetzlichen Neuregelung des Gemeinderatsrechts enthielt, die geeignet war, Staatsfeindlichkeiten hervorzurufen und damit gegen den § 131 des Strafgesetzbuches verstieß, wurden polizeiliche Nachforschungen angestellt und im Laufe des vorigen Sonnabends etwa 16 000 Exemplare der Flugblätter bei dem Reichstagsabgeordneten Dreb entdeckt. Der zuständige Beamte beschlagnahmte folgend den ganzen Bestand und zwar in Gegenwart des Reichstagsabgeordneten, als sich dieser ausdrücklich als der Verfasser des Flugblattes bekannte. Als nun kurz darauf die in starken Ballen verpackten Druckfahnen tatsächlich abgeholt

wurden, waren diese verschwunden und Herr Dreb erklärte dem antretenden Beamten, daß er nicht die beschlagnahmten Gegenstände bei Seite geschafft habe. Als er sich weigerte, über ihren Verbleib Auskunft zu geben, ließ die kaiserliche Staatsanwaltschaft Herrn Dreb festnehmen, indem sie sich auf § 31 der Reichsverfassung stützte, der die Verhaftung eines Reichstagsabgeordneten für zulässig erklärt, wenn dieser bei Begehung einer strafbaren Handlung auf freier Hand oder im Laufe des darauffolgenden Tages ergriffen wird. Der Reichstagsabgeordnete Dreb bezeichnete zwar zunächst das gegen ihn eingeleitete Verfahren als ungesetzlich, gab aber am Sonntag Morgen im Gefängnis die schriftliche Erklärung ab, daß er die beschlagnahmten Druckfahnen im Keller seines elterlichen Hauses verborgen habe und daß er in ihre Auslieferung an die zuständige Behörde einwillige. Allerdings war die Angabe des Reichstagsabgeordneten über den Ort, wo er die Flugblätter verborgen haben wollte, falsch; denn diese wurden gestern Mittag im Keller seines Hauses, sondern bei einem Parteigenossen in der Chapalstraße vorgefunden. Nachdem aber die beschlagnahmten Druckfahnen bei der kaiserlichen Staatsanwaltschaft eingeleitet worden waren, hat diese unmittelbar darauf gestern Nachmittag den Reichstagsabgeordneten wieder auf freien Fuß gesetzt.

Gegen das Organ der sächsischen Antisemititen, die „Deutsche Wacht“ des Abgeordneten Zimmermann, schreibt das „Vaterland“, das Organ der sächsischen Konservativen:

„Wie vorauszu sehen war, ist der Rechnungsabschluß der „Deutschen Wacht“ für das Geschäftsjahr 1895 ein recht miserabler. Obgleich nämlich für Abrechnungen nur fünf Prozent (gegen 12 1/2 im Vorjahre) in Rechnung gestellt und die Gehälter und Löhne reduziert worden sind, erforderte das Blatt einen Zuschuß von nicht weniger als 129 619 Mark. Die Einnahmen aus Abonnement und Inseraten sind noch mehr gefallen, ein Beweis, daß nicht nur der Leserkreis sich vermindert, sondern auch das Vertrauen der Geschäftswelt in die Wirksamkeit der Inserate der „Deutschen Wacht“ noch weiter zurückgegangen ist. Die Generalversammlung der Aktionäre des Blattes hat für die Weiterführung des Unternehmens die Summe von 50 000 Mark bewilligt, die wie man uns schreibt, schon jetzt zum größeren Teil verausgabt ist, und haben wir diesen Beisatz mit großer Befriedigung begrüßt. Wir halten nämlich den Zusammenbruch der „Wacht“ für so sicher und unaufhaltsam, daß er auch durch die größten Opfer derjenigen, die nicht alle werden, nicht aufhalten ist. Je mehr Leute aber schließlich ihr Geld einbüßen, desto größer muß der Mißbrauch werden und desto allgemeiner die Ueberzeugung Platz greifen, daß die Führer der Reformpartei, die nicht einmal eine Tageszeitung leiten können, am allerwenigsten geeignet sind, das deutsche Volk aus seinen möglichen Verhältnissen zu retten.“

In einem Theile der sozialdemokratischen Presse wird harmlos auf die Eigenschaft der „Majerei“ als eines allgemeinen Fest- und Ruhetages für die Arbeiterschaft hingewiesen, so daß es fast graulich erscheinen könnte, wenn die „Bourgeois“ den Arbeitern dieses harmlose Vergnügen auch zu fördern wollten, wo die Arbeitgeber sich damit einverstanden erklären. Thatsächlich handelt es sich bei der „Majerei“ aber nicht um einen Arbeiterfeiertag, sondern um eine internationale sozialrevolutionäre Demonstration. In diesem Sinne ist auf dem Pariser Kongresse der „Weltfeiertag“ proklamiert und ausdrücklich als „Manifestation“ bezeichnet worden, durch die „gletschert in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschäftigten des Kongresses zur Ausführung zu bringen.“ Also nicht um die Verfassung eines Arbeiterfeiertages, sondern um die Verhinderung einer sozialrevolutionären Manifestation in Gestalt einer Strafprobe handelt es sich, wenn die Arbeitgeber von ihrem guten Rechte, am ersten Mai arbeiten zu lassen, Gebrauch machen.

Hamburg, 27. April. Eine Verbesserung der Bonifikation für auszuführende Mühlenerzeugnisse zu erreichen, beschließen nach der „Hamburgischen Börsenballe“ die Aktionäre Mühlenerzeugnisse mit einem darauf bezüglichen Gesuch an die Regierung zu wenden. Es steht zu erwarten, daß sich diesem Vorhaben auch weitere Kreise der Interessenten anschließen werden. Der Grund zu diesem gemeinsamen Vorhaben der Mühlenerzeugnisse ist die Abnahme der Ausfuhr deutscher Mühlenerzeugnisse nach England, Schweden und Norwegen in Folge der Konkurrenz der Franzosen, die hinsichtlich der Bonifikation für auszuführende Mühlenerzeugnisse bedeutend günstiger gestellt sind.

Österreich-Ungarn.

Wien, 27. April. Die Audienz Luegers beim Kaiser rief, wie der „Volk. Ztg.“ von hier geschrieben wird, allgemeine Ueberbahrung und Bewegung hervor. Die Antisemiten erklären, Lueger habe sich nicht um die Audienz bemüht, sondern wurde zum Kaiser berufen. Ueber die Audienz liegt von den Antisemiten folgende Mitteilung vor: „Der Kaiser appellierte mit Rücksicht darauf, daß Lueger die Befähigung als Bürgermeister zur Zeit nicht gewährt werden könne, an seine Loyalität und gab der Erwartung Ausdruck, daß Lueger — von dessen persönlicher Ehrenhaftigkeit, erforderlicher Begabung, sowie Kaiser- und Vaterlandstreue er überzeugt sei — im Interesse der baldigen Wiederherstellung normaler Verhältnisse in der autonomen Verwaltung Wiens auf die Wahl freiwillig verzichten werde. Lueger habe geantwortet, er danke für den gnädigen Empfang, und da er einem direkten Wunsch seines kaiserlichen Herrn gegenüberstehe, so liege ihm als Patriot und freies bürgerlicher Staatsbürger nunmehr die selbstverständliche Pflicht ob, in diesem Wunsch für sich einen Befehl zu sehen. Lueger kam von der Audienz ins Parlament, wo er mit Voden eine Besprechung hatte. Die Regierung versichert, mit Lueger über seine etwaige Befähigung als Bürgermeister in einem späteren Zeitpunkt eine Vereinbarung getroffen zu haben. Trotzdem herrscht der Eindruck vor, daß Lueger

im Herbst als Bürgermeister bestätigt werden wird. Zum Bürgermeister soll jetzt ein bedeutender antisemitischer Gemeinderath Namens Strohsch gewählt werden; auch ein anderer antisemitischer Gemeinderath, Hupke, wird als Bürgermeisterkandidat genannt. Neben einem von diesen soll Lueger erster Vizebürgermeister werden. Im Herbst würde der vorläufige Bürgermeister dann zurücktreten und Lueger Platz machen. Die deutschnationalen Antisemiten waren mit dem Vorgehen Luegers nicht einverstanden, wurden aber von den übrigen antisemitischen Gemeinderäthen überstimmt. In den Kreisen der Linken berührt die ganze Wendung sehr unangenehm, da sie auf Verhandlungen Baden's mit Lueger zurückgeführt wird, die offiziell noch vor einigen Tagen gelehnt wurden. Der Vorstand der Linken berät über das weitere Verhalten der Partei gegenüber der Regierung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Linke bei weiteren Abstimmungen über die Wahlreform dieselbe fallen läßt. Die heutige Abgeordnetenhausung wurde vor der wichtigen Abstimmung abgebrochen, da die Linke vielmehr sofort gegen die Regierung gestimmt hätte. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: „Es kann nur mit Bestimmtheit wahrgenommen werden, daß man die Autorität nicht bloß der Regierung selbst, sondern auch die der von Lueger selbst, Lueger zum freiwilligen Verzicht auf das Amt zu bewegen, das er ohne den Willen der Regierung nicht antreten konnte, und daß dies unmittelbar nach der alle Autoritäten im Staate herausfordernden Rede geschah, womit Lueger eben dieses Amt anzunehmen erklärte. Dieser Eindruck ist allgemein und besonders stark in den Kreisen der liberalen Abgeordneten, welche die Lösung der Bürgermeisterfrage als Enttäuflung und als Widerspruch mit den bisherigen Erklärungen Baden's empfinden.“ Die Meldung, daß die Menge auf dem Burghaus die Luegerhymne gesungen habe, bestätigt sich nicht.

Wien, 27. April. Der Klub der Linken berät Abends über die Lösung der Bürgermeisterfrage; sämtliche Redner mißbilligten es, daß durch das Vorgehen der Regierung Verwirrung in die öffentliche Meinung gebracht wurde. Das Vertrauen in die Festigkeit und die Konsequenz der Regierung sei aufs tiefste erschüttert. Der Klub beschloß trotzdem keine Forderung in Bezug auf die Haltung in der Wahlreformangelegenheit zu ziehen, weil er der Ansicht treu bleibt, für diese Reform einzustehen.

Das heutige „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht die Ernennungen der Erzherzöge Franz Ferdinand und Eugen zu Feldmarschallleutenants, des Erzherzogs Leopold Salvator zum Generalmajor und des Erzherzogs Peter Ferdinand zum Oberstleutnant, ferner werden die Ernennungen von 13 Generalmajoren zu Feldmarschallleutenants, von 39 Obersten zu Generalmajoren und die Ernennung des Vizeadmirals Czeran zum Admiral veröffentlicht.

Belgrad, 27. April. Der serbische Ministerpräsident Novakovic empfing den Reichsminister dieser hiesigen Blätter und erklärte diesem, Serbien liege jede Feindseligkeit gegen Ungarn fern. Die serbische Regierung sah sich genötigt, die Theilnahme der serbischen Vertreter an der ungarischen Millenniumsfeier zu unterlagen, da die Fahne mit serbischen Emblemen, die dem ungarischen Jubiläumsguge vorangetragen werden soll, den Oberkopf mit dem Pfeil enthält, der das jetzige serbische Wappen bildet. Serbien handle daher rein aus Gründen des Patriotismus, wenn es der Feier fernbleibe. Der Ministerpräsident habe dem Könige noch vor dessen Abreise über diese Angelegenheit Bericht erstattet, und der König billigte vollkommen das Vorgehen des Ministers.

Italien.

Rom, 25. April. Die „Opinione“ erklärt gegenüber dem von den Verteidigern des Freiherrn v. Hammerstein gegen die italienische Regierung bezügliche Auslieferung Hammersteins erhobenen Anschuldigungen, daß die Regierung die Auslieferung unter Beobachtung aller gesetzlichen Vorschriften genehmigt habe. Hammerstein habe dem italienischen Untersuchungsrichter alle Vergehen, deren er beschuldigt war, ausgenommen eines, zugestanden und, ohne Widerspruch gegen die Auslieferung zu erheben, erklärt, er wolle sich vor deutschen Gerichten verteidigen. Erst nachdem die Auslieferung beschaffen war, habe er verlangt, mit einem Rechtsanwalt zu verhandeln. Dieses Gesuch habe abgelehnt werden müssen, obwohl weil dies nach Lage der Dinge die getroffene Entscheidung nicht beeinflussen konnte, als auch, weil nach italienischem Recht die Intervention eines Verteidigers im Auslieferungungsverfahren unzulässig ist.

England.

London, 27. April. Unterhaus. Der erste Lord des Schatzes Balfour führte aus, die Abmachungen für die Bedingungen der Schiedsgericht hinsichtlich Venezuela, sowie anderer Fragen seien von der britischen und der amerikanischen Regierung in den jüngsten Unterhandlungen erörtert worden. Die neueste Theilnahme der Regierung der Unionsstaaten, welche Freitag eingetroffen sei, werde jetzt von der englischen Regierung erwogen. Derselbe betrefte sowohl die allgemeine Frage des Schiedsgerichts als auch die spezielle auf Venezuela bezügliche Frage. Eine Beratung über noch schwebende Unterhandlungen sei ungewiss. Curzon erklärte alsdann, die ägyptische Regierung bedürfe nicht der Zustimmung der fremden Mächte zu Gesetzen, betreffend die Fällung von Gewerbesteuern seitens der Ägypter auf ägyptischem Boden; betrefte der Ausländer könne sie nur durch die gemäßigten Gerichte vorgehen, die jetzt keine Staatskompetenz in solchen Sachen besitzen; die Regierung könne dieselbe nur durch eine gemeinsame Aktion der Mächte erhalten; hierauf abzielende Unterhandlungen seien jetzt im Gange. Chamberlain erklärte, er glaube, die Chartered Company haben einen Kapitalbestand von 1 1/2 Millionen Pfund Sterling und werde die Kriegskosten, so weit dieselben erforderlich seien, zahlen. Er habe keinen Grund, an der Bereitwilligkeit der Company, ihren Verpflichtungen nachzukommen, zu zweifeln.

Bulgarien.

Sofia, 27. April. Der Sultan dankte dem Präsidenten der französischen Republik Faure

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidentend. Berlin Bernh. Nbrdt, Max Graumann, Eberhard W. Thienes, Großwald G. Wiles, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Neubaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geirr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

telegraphisch für den Empfang des Fürsten Ferdinand in Paris.

Griechenland.

Athen, 28. April. Briefe aus Areta melden zwei Zusammenstöße zwischen türkischen Truppen und den Aufständischen des kretensischen Reformkomitees. Am 11. und 13. April wurde eine bei Kourna und Apoforona einberufene Versammlung kretensischer Vorkämpfer von Truppen aus Kanea und Methymno angegriffen und mußte sich nach langem Gefechte nach Argopropolis zurückziehen. Am 21. reifte Turchan Pascha selbst nach Methymno. Von dort schickte er am folgenden Tage starke Truppenteile, um das kretensische Lager anzugreifen. Die Türken wurden in einen Hinterhalt gelockt und erlitten starke Verluste. Das Komitee hat sich jedoch nach der Spahia zurückgezogen und einen neuen Aufruf an das kretensische Volk erlassen, worin es ermahnt, an dem Verlangen auf Wiederherstellung der Verfassung von Chaleppa festzuhalten.

Stettiner Nachrichten.

*** Stettin, 28. April.** Eine tiefsemerische Trauerkunde wird uns kurz vor Schluß der Redaktion überbracht: Herr Lehrer F. Niede, der langjährige Dirigent des Gesangsvereins der „Stettiner Handwerker-Ressource“, ist heute Mittag in seiner Wohnung in Folge eines Schlaganfalls plötzlich verstorben. Der so früh aus dem Leben Gediehene war eine in den musikalischen Kreisen unserer Stadt wohlbekannte Persönlichkeit und sein gewinnendes Wesen hat ihm zahlreiche Freunde erworben. Insbesondere erliefte die „Handwerker-Ressource“ durch den plötzlichen Todesfall einen herben, schwer zu ertragenden Verlust, seit mehr als 25 Jahren leitete Herr Niede den Sängerkor und seiner Umsicht und Energie verdankte der Verein nicht zum Wenigsten die allgemeine Beliebtheit, deren sich die Ressource erfreut.

Stettin, 28. April. Wie wir hören, schweben Verhandlungen wegen Verkaufes des Konzert- und Vereinshauses zwischen der Konzerthaus-Gesellschaft und einer hiesigen Firma, welche in den letzten Jahren sehr viel in Häuser-Spekulationen arbeitet. Der geforderte Kaufpreis soll 500 000 Mark betragen.

Wegen der Anrechnung der Thätigkeit der Kandidaten des höheren Schulamts als Assistenten für mathematische und naturwissenschaftliche Fächer an technischen Hochschulen auf die Wartzeit als Kandidat hat der Kultusminister folgendes bestimmt: „In meinem Rundschreiben vom 18. November v. Js. habe ich angeordnet, daß den Kandidaten des höheren Lehramts, welche nach erlangter Anstellungsfähigkeit und Aufnahme in die Anstaltsliste der Provinz Assistentenstellen an Universitäten u. Instituten bezug auf physikalischen und chemischen Instituten der technischen Hochschulen übernehmen, die Zeit ihrer Beschäftigung als Assistent auf die Wartzeit als Kandidat bis zur definitiven Anstellung unverzüglich in Anrechnung zu bringen sei. Diese Bestimmung wird hiermit allgemein auch auf diejenigen Kandidaten ausgedehnt, welche als Assistenten für mathematische und naturwissenschaftliche Fächer an technischen Hochschulen wirken.“

Ueber den Nachschubdienst der Verkehre mit Frankreich bringt im „Reichsanzeiger“ folgende Bekanntmachung: Vom 1. Mai ab sind auf eingeschriebenen Briefsendungen wie auf Briefen und Paketen mit Wertangabe nach Frankreich mit Einschluß von Monaco und Algerien Nachnahmen bis zum Betrage von 500 Francs zulässig. Die Höhe der Nachnahme ist auf der Adressseite der Sendungen in der Frankowährung in Ziffern und Buchstaben anzugeben; darunter hat sich der Absender in arabischer Schrift deutlich zu bezeichnen. Für die Einziehung der Nachnahme von Adressaten kommt eine Gebühr von zehn Centimen und für die Uebermittlung des Betrags an den Absender durch Postanweisung außerdem die tarifmäßige Postanweisungsgebühr zur Erhebung.

Ein Patent ist erteilt an: G. Pohl und A. Pohl in Straßburg auf einen Schlittschuh mit Anzug der Sohlentkammern durch den Spannräumen. Gebrauchsmuster sind eingetragene für: Mühlenerzeugnisse z. H. H. in Stettin auf eine Sägemühle bzw. Sägeklappe nach D. R. P. 13 749; für J. B. Aug. Schwab, in Birma G. L. Schwab, in Stettin auf einen Geruchverschluß mit sich selbstständig öffnendem Lufteinlaß, zum Zweck stetigen Druckausgleiches im Abzugrohr; für Frits Siehle in Köslin auf eine Dosiervorrichtung mit Längs-Scheidewand für flüssig gemachte Gase; für Paul Gynke in Neustettin auf eine Fahrkarte mit Loch zum Anhängen und sichtbarem Tragen behufs Kontrolle, und für W. Böppner in Garg a. R. auf einen zweifach- oder mehrfachen Dreiecksreiner mit vertikal verstellbaren Wänden und zwischen den Wänden befindlichen Filtermassen.

In früheren Jahren fanden hier selbst regelmäßige Konzerte des Philharmonischen Orchesters aus Berlin statt, an welche sich die Musikfreunde sicher noch mit Vergnügen erinnern. Die Musikverhältnisse Stettins sind inzwischen etwas in Verfall gekommen, die von auswärts hier eintreffenden Konzertunternehmer schließen meist mit einem Defizit ab und auch das Philharmonische Orchester scheint dem Kunststern der Stettiner nicht zu trauen, daselbst feiert von einer sehr erfolgreichen Konzerttournee aus Skandinavien zurück und hat in Greifswald und Anklam für die nächsten Tage Konzerte angekündigt, aber nicht in der Hauptstadt Pommerns.

Verhaftet wurde hier der Bautechniker Max Dill wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung. Derselbe hatte sich einen amtlichen Stempel zu verschaffen gewußt, mit dessen Hilfe er Legitimationspapiere ausfertigte. Außerdem soll D. einen Koffer gestohlen haben. Wegen Diebstahls wurden ferner festgenommen der Zimmermann Karstipp, ein alter Nacht-
 händler und der Arbeiter Gustav Schmidt.

Auf die Sanitätswache wurde gestern Abend ein vierjähriger Knabe gebracht, der sich mit einem Messer eine tiefe Schnittwunde an der linken Hand beibrachte hatte, dem Knabe wurde eine Nothverband angelegt. In letzter Nacht nahm ein Arbeiter die Hülse der

